

Fachkräftemangel und Lieferengpässe

Die Begrenzungsinitiative würde dem Aargau stark schaden, befürchtet das Nein-Komitee.

Der Aargau und Deutschland teilen sich mehr als 60 Kilometer Grenze, rund 12 000 Grenzgänger arbeiten im Kanton. Mit Spannung wird daher das Abstimmungsresultat vom 27. September zur Begrenzungsinitiative der SVP erwartet. Wird die Initiative angenommen, muss der Bundesrat innert zwölf Monaten die Personenfreizügigkeit mit der EU neu verhandeln. Gelingt dies nicht, muss er das Abkommen kündigen. Die Gegner der Initiative befürchten grosse Schäden für die Aargauer Wirtschaft. Gestern hat das kantonale Nein-Komitee seine Argumente vorgestellt.

Die Kündigungsinitiative bedrohe den Wirtschaftsstandort Aargau und damit auch Tausende von Arbeitsplätzen, warnte Landammann Markus Dieth (CVP). «Fast ein Drittel der Be-

schäftigten im Aargau sind im Exporthandel tätig. 64 Prozent aller Exporte fliessen in die EU», so der Finanzdirektor.

Auch die anderen Vertreter des kantonalen Nein-Komitees betonten, wie wichtig es für die Aargauer Wirtschaft sei, dass die Initiative abgelehnt werde. Beat Bechtold, der Direktor der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK), befürchtete im Falle einer Annahme besonders einen Ausfall an qualifizierten Fachkräften. Davon gebe es in der Schweiz nicht genügend: «Ohne ausländische Fachkräfte würden die Spitäler in der Nordwestschweiz nicht im gewohnten Ausmass funktionieren», sagte er. Zudem würden importierte Produkte aus der EU teurer werden und Aargauer Firmen an Wettbewerbsfähigkeit einbüßen. Davon wä-

ren laut Bechtold besonders die KMU «massiv betroffen».

Müssten die Grenzen geschlossen werden?

FDP-Aargau-Präsident Lukas Pfisterer verwies auf die Coronapandemie, die zeige, dass geschlossene Grenzen zu Liefer-schwierigkeiten führten und dadurch ganze Arbeitszweige stilllegen könnten. «Dasselbe kann mit Annahme der Begrenzungsinitiative passieren», sagte Pfisterer.

«Das Erfolgsmodell Schweiz lebt davon, dass sie ein offenes Land ist», unterstrich auch Marianne Binder, Nationalrätin und Präsidentin der CVP Aargau. Sie wies darauf hin, dass die Bilateralen Teil dieser Welt-offenheit und in mehreren Abstimmungen vom Volk bekräftigt worden seien.

FDP-Grossrat und Geschäftsführer des Nein-Komitees Stefan Huwlyer rief in Erinnerung, dass sich die Zuwanderung aus der EU laut dem Bundesamt für Statistik seit 2013 halbiert hat. Ausserdem würde die Kündigung der Personenfreizügigkeit wegen der Guillotineklausel nicht nur Arbeitsplätze weggradieren, sondern auch den Verkauf von Schweizer Produkten im Ausland und die Zusammenarbeit mit den EU-Staaten in Forschungs- und Verkehrsprojekten erschweren.

Online-Podium zur Begrenzungsinitiative

Heute Mittwoch, 19.30 Uhr auf www.arbeitaargau.ch oder www.aihk.ch/podium. Dieter Egli und Felix Schönle (Contra) diskutieren mit Martina Bircher und Gregor Rutz (Pro).